

Berichte aus Neuweiler und seinen Teilorten

zusammengestellt von Hans Schabert - Neuweiler

Agenbach

Die Arbeit des eingesetzten Gemeinderatskomitees war nicht einfach, denn der französische Gouverneur in Calw bestimmte weitgehend die Richtlinien. So zum Beispiel die Ablieferungsquoten von Vieh und Getreide, die Unterbringung der Flüchtlingsfamilien aus dem Osten, die einfach zugewiesen wurden. Es waren vier Familien mit 16 Kindern.

Viele unpopuläre Entscheidungen waren vom Bürgermeister zu treffen. Insbesondere mußten auch die nach und nach zurückkehrenden Kriegsgefangenen eingegliedert werden.

Aus Agenbach waren von den Jahrgängen 1900 bis 1928 61 Männer zum Kriegsdienst eingezogen worden. Davon kamen leider 15 nicht mehr nach Hause. Aus russischer Gefangenschaft traf im Mai 1950 der letzte Kriegsgefangene ein.

Die von der französischen Besatzungsmacht geforderten außerordentlich hohen Holzeinschläge riefen bei den Betroffenen große Gegenwehr hervor. Auf Markung Agenbach waren es allein nahezu 50 000 Festmeter Holz, die abgeliefert werden mußten. Dies entspricht einer Waldfläche von zirka 400 ha.

Die Währungsreform, die Wiederbeschaffung der im Krieg eingezogenen Glocken sowie der Ruf der Agenbacher Kleinlandwirte nach Rodung von Waldparzellen zur Gewinnung von neuem Ackerland beschäftigte die Gemeindeverwaltung. Im Jahre 1948 kam das Bodenreformgesetz dem lang gehegten Wunsch nach, und so wurden insgesamt 20 ha Wald für den Ackerbau freigegeben. Die gesamten Flächen, wie auch alle übrigen Felder und Wiesen, die vom staatlichen Forstamt gepachtet waren, konnten käuflich vom staatlichen Forstamt erworben werden.

Breitenberg

Die wohl schwierigste Zeit für Ablieferungen und dergleichen war von 1945 bis Ende 1946. Wohl gab es auch nachher noch da und dort Probleme wie Wohnungsmangel, aber es normalisierte sich zusehends. Im Gemeindewald wurde von den Besatzern ein Kahlschlag durchgeführt. Aber nicht nur von den Franzosen, auch durch Verfügung des Landratsamtes wurde der Gemeinde zur Auflage gemacht, die Teinacher Bürger und Gemeinde mit Brennholz und Reisig zur Selbstverwertung zu versorgen. Diesem Umstand fiel die Waldfläche „Wadel“ durch Kahlschlag zum Opfer. Der Grund und Boden wurde gerodet, zirka 10 ha.

In den Jahren 1947/48 ging in der Wirtschaft nichts. Die Reichsmark hatte keine Kaufkraft mehr, Kompensation und Tauschhandel blühten. Als aber dann am 20.6.1948 die Währungsreform durchgeführt wurde, war es, als wäre ein Wunder geschehen. Es war ja auch der Anfang des nachfolgenden Wirtschaftswunders. Jeder Bürger bekam ein Kopfgeld von 40 Mark ausbezahlt als Erstausrüstung. Auch die Gemeinden, die Banken und die Industriebetriebe wurden mit Erstausrüstungen versorgt. Von da an normalisierte sich alles sehr schnell, die Wirtschaft lief an und kam in Schwung.

Das Problem mit Evakuierten und Flüchtlingen hat sich in Breitenberg zum großen Teil von selbst gelöst, die meisten zogen weg in die Nähe von Arbeitsstätten. Die Rückkehr der Kriegsgefangenen zog sich teilweise Jahre hin, bis die letzten heimkehren durften, leider mit teilweise erheblichen gesundheitlichen Schäden, vor allem diejenigen aus Rußland.

Neuweiler

Sicher blieben keinem Haus Unannehmlichkeiten erspart. So ging es etwa bis zum 25. April 1945. Dann hörte man, in Oberkollwangen sei eine Polizeitruppe

angekommen. Sie käme nach Neuweiler, die Männer zu deportieren. Schon bald erschienen deren Offiziere auf dem Rathaus. Zunächst mit neuen Auflagen. Unter anderem sollte der Bürgermeister den Sprengstoff herbeischaffen, den der Gemischtwarenkaufmann Gottfried Seeger für gewerbliche Zwecke in einem Schuppen außerhalb des Dorfes gelagert hatte. Es wurde Bürgermeister Hanselmann nicht erlaubt, den Schlüssel für das Lager zu holen. Er zeigte den Franzosen die vorschriftsmäßig abgeschlossene Hütte. Diese brachen die Tür auf und nahmen den Sprengstoff mit.

Inzwischen hatte die Polizeitruppe begonnen, das Dorf nach männlichen Bewohnern im Alter zwischen 15 und 60 Jahren zu durchsuchen. Sie wurden gegenüber dem „Adler“ zusammengetrieben und in die dortige Scheuer gesperrt. Bürgermeister Hanselmann wurde im „Adler“ von einigen Offizieren verhört. Er wurde bezichtigt, Mitglied des Werwolf zu sein. Bei einer Leibesvisitation nahm man ihm sogar das Taschenmesser weg. Nach stundenlangem Verhör ging er hinaus zu den anderen Neuweiler Männern. Sie wurden von teils betrunkenen, mit Maschinenpistolen bewaffneten Soldaten bewacht. In einer Ansprache erklärte einer der Offiziere, alle Männer von Neuweiler würden nach Frankreich gebracht. Die Kommission habe Herrn Jakob Rexer zum neuen Bürgermeister der Gemeinde bestimmt. Herr Hanselmann mußte vortreten und ihm die Schlüssel zum Rathaus übergeben. Dazu mußten alle Anwesenden die Kopfbedeckung abnehmen.

Dann begann die „Deportation der Neuweiler nach Frankreich“. Zunächst ging es in Richtung Berneck. Was sich unterwegs an Greisen und Jugendlichen noch blicken ließ, wurde auch mitgenommen. So ging es auch jenem Gaugenwalder, der im Wald arbeitete. Als er von weitem die Neuweiler Männer sah, wollte er genau wissen, was da passierte. Anstatt sich zu verstecken, näherte er sich der Kolonne. Das gefiel den Franzosen wieder nicht.

Er mußte sich dem Zug anschließen. Verzweifelt rief er in den Wald zurück: *„Du Anna, sag au meiner Marie dia hem-me mitgnomma!“* Er durfte aber vor Berneck wieder zurück. „In Berneck wurden wir in den Schulsaal gesperrt.

Nach einiger Zeit fuhr ein Lastwagen vor. Wir wurden verladen. Die Fahrt ging zunächst in Richtung Neuweiler. Schon glaubten wir...“ Aber es ging nach Calw zum Amtsgericht und seinem Gefängnis. Der Bürgermeister und der stellvertretende Ortsgruppenleiter der NSDAP wurden in die bereits überfüllten Gefängniszellen gesperrt. Dort trafen sie auf Leidensgenossen aus anderen Kreisgemeinden. Und wieder einmal wurde angekündigt: *„Morgen werdet Ihr erschossen!“*

Die übrigen Neuweiler Männer mußten im Gefängnishof nächtigen. Am nächsten Morgen hielt ihnen ein französischer Offizier eine „Strafpredigt“. Aber er kündigte ihnen auch an, daß sie unter Beachtung verschiedener Auflagen wieder nach Hause dürften.

Nur der Bürgermeister, der stellvertretende Ortsgruppenleiter und der HJ-Führer blieben inhaftiert. In diesem kritischen Moment trat der - inzwischen verstorbene - Philipp Schlecht mit hohem Mut vor die Front und bat die Franzosen: „Wir wollen unseren Bürgermeister mitnehmen. Er hat nichts Unrechtes getan.“ Es nützte nichts. So fand die „Deportation der Neuweiler Männer nach Frankreich“ ein schnelles Ende.

Für die Zurückgebliebenen gingen die Unannehmlichkeiten der Haft weiter. So mußten immer etwa 20 Häftlinge sich eine etwa 15 bis 20 qm große Zelle teilen. Nachts gab es nicht für jeden die Möglichkeit zu liegen. Dafür hörte man aus Nachbarzellen die Schreie Geschlagener, darunter auch Frauen. Hunger war noch das kleinere Übel jener Tage. Nach etwa 3 Wochen erhielt Hanselmann einen Entlassungsschein und konnte nach Hause gehen.

(...) Es war ein schwieriger Neubeginn. Obwohl gegen Geld nichts zu bekommen war, war das neue Dach für das Rathaus noch ein kleines Problem. Am meisten belasteten den Bürgermeister und seine Verwaltung die auferlegten Lebensmittel - Ablieferungen. Sicher, man wußte von den Hungersnöten in den Städten. Aber wie sollte es besser werden, wenn man den Erzeugern auf dem Lande die Möglichkeit nahm, weiterzumachen? In vielen Dörfern konnte das Ablieferungssoll nur noch mit Polizeigewalt erfüllt werden.

Im Protokoll des „Gemeinderatskomitees“ vom 21. Januar 1946 ist folgendes festgehalten:

„Die Gemeinde Neuweiler hat seit der Besetzung durch französische Truppen im April 1945 40 Stück Vieh an die Besatzungsbehörden zur Ablieferung gebracht. Hiervon sind nunmehr 7 Stück Vieh bezahlt. Verschiedene Landwirte sind hierdurch in große Notlage versetzt worden, denn sie sind finanziell nicht in der Lage, sich wieder ein Stück Vieh zu kaufen. In dieser Sache wird heute beraten und im Benehmen mit den Gemeinderäten vom Bürgermeister beschlossen: 1). Bei der Aufsichtsbehörde darum nachzusuchen, daß das Viehkaufgeld, zirka 15 000 bis 16 000 Mark den Gemeindevordrücklagen entnommen werden darf und an die Viehlieferanten ausbezahlt wird mit der Maßgabe, daß nach Eingang des Geldes der fragliche Betrag wieder an die Gemeindekasse zurückerstattet wird.“

Zwernenberg

Zu den schwierigsten und unangenehmsten Aufgaben, welche der kommissarisch eingesetzten Gemeindeverwaltung gestellt waren, gehörte die Erfüllung der Forderungen, welche von der Besatzungsmacht gestellt wurden, etwa Ablieferung von Lebensmitteln an dieselbe, sowie auch zur Ernährung der heimischen Bevölkerung. Vor allem, wenn es um Ablieferung von Großvieh und Schweinen ging, war oft nicht zu vermeiden, daß Härten entstanden, möglicherweise auch ab und zu zwangsläufig Ungerechtigkeiten, was auch in der friedlichsten Gemeinde zu Haß und Neid führen mußte.

Es soll vorgekommen sein, daß kleineren Landwirten keine Kartoffeln zum Pflanzen blieben. Ein Beispiel, das die Probleme jener Zeit aufzeigt: An die Besatzungsmacht waren zirka 20 Stück Nutzvieh abzuliefern; die

Qualität, welche die Tiere haben sollten, war vorgeschrieben, auch ein französischer Offizier war bei der Auswahlkommission. Wie es der Teufel will, eine schöne junge Kuh wurde zur Ablieferung bestimmt, welche einer Witwe gehörte, die außer einer kleinen Landwirtschaft keinerlei Einkommen, aber eine Familie mit 7 Kindern zu ernähren hatte. Die Frau war, um ihre Landwirtschaft bewirtschaften zu können, auf diese Kuh dringend angewiesen, weil nur 2 Kühe zur Arbeit gewöhnt waren. Die abzuliefernden Tiere mußten von den Besitzern zum Verladen zum Bahnhof nach Altensteig gebracht werden. Vom ältesten Sohn wurde die Kuh dorthin gebracht. Beim Verladen bemerkte ein für die Verladung verantwortlicher französischer Veterinär, daß der Junge bitterlich weinend vor seiner Kuh stand. Er fragte den Jungen, warum er weine. Der Junge gab schluchzend zur Antwort: *„Wir haben nur drei Kühe, davon müssen wir mit sieben Geschwistern leben“*. Der Franzose klopfte daraufhin dem Jungen auf die Schulter und sagte: *„Junge, du darfst die Kuh wieder mit nach Hause nehmen“*.

Auch der Gemeindevordruck wurde nicht verschont. Der Gemeinde wurde zur Auflage gemacht, der Besatzungsmacht 2450 Festmeter Stammholz der Klassen 4 - 6 bereitzustellen (F-Hiebe).

Mit der Erledigung der eigentlichen Aufgaben, die eine Gemeinde hat, konnte erst nach der Währungsreform 1948 begonnen werden. Geld war vor der Währungsreform genügend vorhanden, aber man konnte nichts damit anfangen. Es gab nur Waren-Tauschhandel. Wenn zur Wegunterhaltung Schotter benötigt wurde, mußte Holz dafür gegeben werden. Kleider, Schuhe, Ersatzteile für Maschinen und so weiter, waren nur gegen Lebensmittel erhältlich. Selbst der Tierarzt sagte des öfteren: *„Ich kann nur kommen, wenn Sie mir Schnaps geben, damit ich Benzin bekomme.“*